

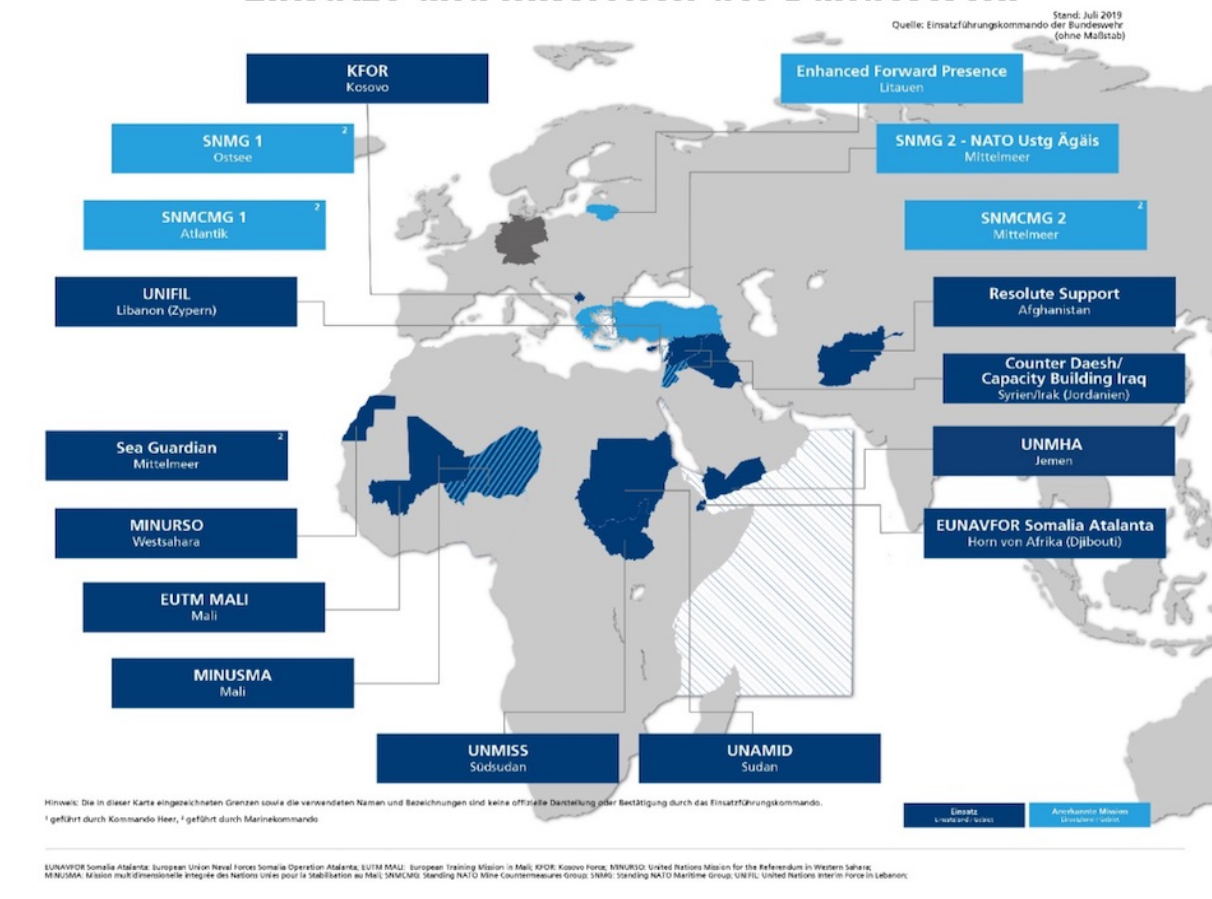
Warum gibt es dauernd Kriege?

von Renate Dillmann

Der NATO-Partner Türkei führt Krieg in Nordsyrien. Deutschland ist nicht davon er-
baut, hat aber als Antwort vor allem eins parat: Es muss bei solchen Affären mitmi-
schen, und zwar ganz vorne und mit mehr „Verantwortung“ fürs Militärische als früher. Der
Auswege-Beitrag „Deutschland und der Türkei Krieg“¹ hatte dies – gerade auch mit Blick auf
den Schulunterricht – zum Thema gemacht. Hier die angekündigte Fortsetzung.

Es ist seltsam. Niemand ist für Krieg – und doch finden dauernd welche statt. Zwar bezeich-
nen Staaten und ihre Journalisten vieles von dem, was sie auswärts unternehmen, gar nicht als
„Kriege“, sondern nennen es eher beschwichtigend „Mission“, „Operation“ oder „Einsatz“.
Deutschland gilt – im Vergleich zu den USA etwa – als durchaus friedliches Land und kaum
jemand hat den Eindruck, dieses Land befände sich aktuell im Kriegsmodus. Und doch be-

Einsätze und Missionen der Bundeswehr



UdOe-46-19-1.pdf - <https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/einsaetze/>

1 Siehe: https://www.magazin-auswege.de/data/2019/10/Dillmann_Tuerkeikrieg_Nordsyrien.pdf vom 25.10.2019.

richtet die deutsche Bundeswehr auf ihrer Homepage, dass sie momentan mit über 3.000 SoldatInnen an insgesamt „12 Auslandseinsätzen“ beteiligt ist.

15 Und dabei soll es nicht bleiben. Jedenfalls nicht, wenn es nach dem Willen maßgeblicher deutscher Politiker geht. Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck, die ehemalige Verteidigungsministerin und jetzige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die jetzige Verteidigungsministerin und eventuelle neue Kanzlerin Annegret Kramp-Karrenbauer – sie alle fordern, dass Deutschland „mehr Verantwortung“ in der Welt übernehmen und dafür seine
20 Armee wie seine Waffen auf einen ganz neuen Stand bringen müsse. Zusätzlich soll auch noch eine EU-Armee aufgebaut werden...

Wozu das alles? Ist es nicht viel billiger und ungefährlicher, sich aus Konfliktherden herauszuhalten? Wer verlangt eigentlich, dass Deutschland „Verantwortung in der Welt“ übernehmen müsse? Und wieso besteht „Verantwortung ausüben“ in Aufrüstung und militärischer
25 Präsenz?

Mit all dem will sich der folgende Artikel beschäftigen. Er fragt sich, warum moderne und wirtschaftlich erfolgreiche Staaten (zu denen die Bundesrepublik Deutschland gehört) eine Armee brauchen, Geostrategie betreiben, Waffen exportieren und Kriege führen.

Denn mit seinen Militäreinsätzen ist Deutschland keineswegs allein auf der Welt – im Gegenteil. Ganz vorneweg sind die USA, die Führungsmacht der Nato. Sie unterhalten etwa 1.000
30 Stützpunkte in der gesamten Welt, haben im Jahr 2018 649 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben und allein seit dem Ende des sogenannten Kalten Kriegs (der der Sowjetunion und ihren Block galt) mehr als zwanzig Kriege geführt². Auch Großbritannien und Frankreich als EU-Staaten, Israel, die Türkei und Saudi-Arabien als mit Deutschland befreundete Staaten
35 führen Kriege – ebenso wie Russland.³ Und China, das gerade zu einer Großmacht aufsteigt, rüstet stark auf und hat ebenfalls mit ersten militärischen „Operationen“ begonnen (Aufbau von Stützpunkten im ostchinesischen Meer, militärische Bekämpfung von Piraterie gegen Handelsschiffe am Horn von Afrika). Im Vergleich zu diesen Staaten empfindet sich Deutschland als militärisch regelrecht unterbelichtet: Man sei ein „ökonomischer Riese, aber ein poli-
40 tischer Zwerg“, heißt es – und stellt aktuell viel Nachholbedarf fest, worüber die Parteien streiten...

Die offizielle Antwort der Staaten auf die Frage, warum das alles sein muss, lautet: Wir müssen uns verteidigen, die *anderen* rüsten, deshalb müssen wir nachziehen... Das Interessante an dieser Antwort ist nur, dass das *alle* Staaten sagen. Keiner von ihnen will Krieg, alle müs-
45 sen sich verteidigen. Das kann also nicht stimmen, das ist ein logischer Zirkel – jeder rüstet,

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Militäroperationen_der_Vereinigten_Staaten_-_1928_bis_2000, aufgerufen 18.11.2019

5 3 Russlands Rüstungsausgaben betragen allerdings mit 61,4 Milliarden weniger als 10% der us-amerikanischen (Quelle: das Internationale Friedensforschungsinstitut SIPRI) und die Zahl seiner Stützpunkte liegt bei 20! In den beständigen Anschuldigungen gegen die „Aggressivität“ und „neue Militarisierung“ der russischen Außenpolitik sieht das etwas anders aus...

weil der andere es tut! Jeder begründet sein Tun mit dem Verhalten der andern! Also bleibt die Frage: Wo liegen die Gründe für die Staaten, sich „mitten im Frieden“ auf Kriege vorzubereiten und alles dafür Nötige in die Wege zu leiten: Waffen herstellen, Soldaten ausbilden, Bündnisse schmieden...

50 ***Von der Außenwirtschaftspolitik...***

Moderne Staaten leben nicht davon, fremde Territorien zu erobern, sondern davon, ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zustande zu bringen. In diesem Sinne sind sie gewissermaßen friedfertiger als ihre christlich-abendländischen Vorgänger. Gleichzeitig sind sie allerdings erheblich anspruchsvoller, denn ihre Außen- und Geopolitik bezieht sich nicht mehr nur auf ihre Nachbarstaaten, sondern gleich auf die gesamte Welt. Insbesondere für die erfolgreichen und wichtigen Staaten gilt: Kein Stückchen Erde ist für sie uninteressant, keine Insel, keine Schifffahrtspassage, kein Punkt im erdnahen Weltraum wird außer Acht gelassen – einen Standpunkt des „Geht uns nichts an“ gibt es in ihrer Außenpolitik einfach nicht.

Das ist so, gerade *weil* moderne Staaten davon leben, dass sie auf ihrem Staatsgebiet ein möglichst großes Wirtschaftswachstum in Gang setzen. Sie sind in ihren Augen dann erfolgreich, wenn in ihrem Land möglichst viel Geschäftstätigkeit mit positiven Bilanzen stattfindet, wofür dann möglichst viele Menschen an rentablen Arbeitsplätzen gebraucht werden. Denn all das macht sich bei ihnen in Form von Steuereinnahmen bemerkbar – und auf die sind alle Regierungen angewiesen, um ihre jeweiligen Programme zu finanzieren und ihre Kreditwürdigkeit zu behaupten. Deshalb sorgen sie umgekehrt vor allem dafür, dass ihre Unternehmen ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zustande bringen; mit ihren Ausgaben für Infrastruktur, Bildung und Forschung bemühen sie sich darum, günstige Bedingungen für den Erfolg ihrer Unternehmen zu schaffen.

Allerdings enden ihre Möglichkeiten an den Landesgrenzen – außerhalb derer sind *nicht* sie für Land und Leute zuständig, sondern die Regierungen anderer Staaten. Aus Sicht ihrer Unternehmen stellt das eine beträchtliche Schranke dar; sie wollen schließlich auf Rohstoffe aus der ganzen Welt zugreifen können, sie wollen überall hin ihre Waren verkaufen und sie wollen überall investieren können, wo es sich für sie lohnt. In seinem eigenen Interesse will insofern ein moderner Nationalstaat, dass die gesamte Welt für die geschäftlichen Interessen und die Wachstumsbilanzen seiner Wirtschaft zur Verfügung steht.

Moderne Außenpolitik ist daher zunächst einmal Außenwirtschaftspolitik. Damit die Unternehmer eines Landes mit ihren Geschäftsbedürfnissen Zutritt zu anderen Ländern bekommen, müssen die jeweiligen Staaten sich einig geworden sein, dass sie das a) wechselseitig zulassen wollen und b) unter welchen Bedingungen das stattfinden soll.

- 80 a) Dafür müssen sich die Staaten zunächst gegenseitig anerkennen: als Hoheiten, die zu Recht ihre Souveränität über Land und Leute ausüben. Schon das ist nicht unbedingt selbstverständlich.

Beispiele: Die Bundesrepublik hat die DDR nach 1949 nicht als Staat anerkannt und sogar versucht, andere Staaten diplomatisch zum selben Verhalten zu nötigen (Hallstein-Doktrin).
85 Ebenso verfährt die Volksrepublik China heute mit Taiwan, das sie als „abtrünnige Provinz“ betrachtet. Israel verhindert seit Jahrzehnten erfolgreich die Anerkennung Palästinas als Staatswesen. Usw. usf.

Auch wenn sich Staaten diplomatisch anerkannt haben, ist damit noch nicht klar, dass sie freien Geschäftsverkehr zwischen sich zulassen. Nicht alle Staaten organisieren
90 ihre Wirtschaft als „freie Marktwirtschaften“ und selbst wenn sie das tun, können sie ihrer nationalen Wirtschaft zuliebe Einschränkungen im Handel oder Kapitalverkehr dekretieren.

Beispiele: Die sozialistischen Länder haben nach dem Zweiten Weltkrieg ihren „Block“ gegen den Handel und Kapitalverkehr der westlichen, kapitalistischen Länder geschlossen. Sie
95 wollten damit ihre eigene, staatlich geplante Wirtschaft, die den Zweck privater Gewinnerwirtschaftung beseitigt hatte, ungestört voranbringen. Deshalb ließen sie weder den Verkauf westlicher Waren in ihrem Block zu, noch durften westliche Unternehmen Rohstoffe kaufen, investieren, Arbeitskräfte beschäftigen oder Ähnliches. Dieser „eiserne Vorhang“ war für westliche Staaten unannehmbar, weil ein ganzer Teil der Erde nicht der Geschäftstätigkeit ihrer Unternehmen zugänglich war. Das hat dem sozialistischen Block ihre ent-
100 schiedene Gegnerschaft und einen „Kalten Krieg“ samt Wettrüsten eingebracht. Auch heute – nachdem Russland wie China zur Marktwirtschaft umgeschwenkt sind – wird diesen beiden Staaten vorgeworfen, dass ihre Wirtschaft nicht wirklich „frei“, sondern staatlichen Eingriffen unterworfen sei.

- b) Wenn sich Staaten anerkannt haben und darin einig geworden sind, dass sie prinzipiell
105 freie Geschäftsbeziehungen zulassen, sind die näheren Bedingungen dieses Handelns zu regeln. Das erfordert einiges an zwischenstaatlichen Abmachungen – beim Warenhandel und Währungsaustausch, bei den Bedingungen von Kapitalanlagen, der Migration von Arbeitskräften etc. Dabei versucht jede Regierung, die Vereinbarungen so zu
110 gestalten, dass sie für *ihre* Geschäftsleute vorteilhaft ausfallen. Deshalb ist bereits das Aushandeln solcher Handelsbedingungen keine harmonische Absprache, sondern davon gekennzeichnet, dass sich die Vertragspartner mit allen Mitteln erpressen, die ihnen zur Verfügung stehen.

Beispiele: Die Länder der EU haben in Freihandels-Abkommen (EPA) mit afrikanischen
115 Staaten darauf gedrungen, dass diese ihre Zölle massiv verringern. Warum? Mit Zöllen hatten die kapitalistisch längst nicht so weit entwickelten afrikanischen Staaten für sie wichtige Wirtschaftszweige vor der überlegenen europäischen Konkurrenz geschützt – das war aus Sicht der EU-Staaten ein „Handelshemmnis“, für dessen Abschaffung sie sich stark machten. Umgekehrt war diese Bedingung für die Wirtschaft der afrikanischen Staaten, die
120 gerne Zugang zu EU-Märkten gehabt hätten, zerstörerisch, weshalb sich einige Staaten heftig dagegen wehrten. Diese wurden durch einen monatelangen Boykott gegen ihre

wichtigsten Exportwaren so geschädigt, dass sie schlussendlich nachgaben. Siehe dazu: <https://www.youtube.com/watch?v=nL33qHnQBoU>. – Den osteuropäischen Ländern Bulgarien und Rumänien wurde bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union auferlegt, dass für ihre Staatsangehörigen die ansonsten geltende Arbeitnehmer-Freizügigkeit innerhalb der EU erst nach einer mehrjährigen Übergangsfrist in Kraft trat.

Inzwischen gibt es eine weltweit gültige Geschäftsordnung: Im Prinzip herrscht freier Austausch von Waren und Kapital auf dem gesamten Globus. Was damit etabliert wurde, ist allerdings kein Verhältnis wechselseitigen Vorteils, keine win-win-Situation, wie gerne behauptet wird. Handel und Kapitalverkehr zwischen kapitalistischen Nationen dienen schließlich dazu, dass sich aneinander bereichert wird. Auch wenn es Phasen gibt, in denen die diversen Regierungen davon schwärmen, dass ihre Handels- und Investitionsverträge allen Beteiligten von Nutzen sind und es für alle aufwärts geht – letztendlich werden die Erfolge eines Landes auf Kosten eines anderen errungen. Im Augenblick kann man das gut daran sehen, wie sehr sich deutsche Politiker und Öffentlichkeit darüber beklagen, dass China einen ungeheuren Aufstieg als Wirtschaftsnation hinlegt. Während sonst immer betont wird, dass die Entwicklungsländer sich aus ihrer Lage herausarbeiten müssten, um Hunger und Unterentwicklung hinter sich zu lassen, ist kein westliches Land und auch kein Journalist *froh* darüber, dass China – früher einmal das „größte Entwicklungsland der Welt“ – offenbar genau das geschafft hat und zu den führenden Staaten dieser Erde aufsteigt. Die Befürchtungen über die weiteren Konsequenzen von Chinas neuen Fähigkeiten, die jede Woche lauter werden, zeigen ziemlich deutlich: Deren Erfolg nimmt „uns“ (Deutschen)⁴ etwas weg, geht auf „unsere“ Kosten.⁵

.... zur *Geostrategie*

Schon an den internationalen Absprachen, die dem Handeln der Unternehmer vorausgehen, ist also ersichtlich, dass das länderübergreifende und weltumspannende Geschäft nicht ohne Gewalt auskommt. Staatliche Souveräne zwingen sich wechselweise zur Anerkennung ihrer Existenz und handeln – unter Einsatz aller ihnen zur Verfügung stehenden Erpressungsmittel – die Bedingungen des globalen Geldverdienens aus. Wenn auf dieser Basis „friedlich“ gehandelt wird, macht das das Schießen keineswegs überflüssig, wie gerne schon mal behauptet wird. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler und das „Weißbuch“ der deutschen Sicherheitspolitik haben diesen Zusammenhang auf den Punkt gebracht:

„Meine Einschätzung ist aber, dass wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit

4 Wenn über Außenwirtschaft oder Außenpolitik geredet wird, wird immer sehr selbstverständlich in der „Wir“-Form gesprochen – so als würden „wir“ alle Handel treiben, die globalen Märkte ausloten oder unter ausländischen Wettbewerbern leiden... Achtung vor dieser Art von falscher Vergemeinschaftung!

5 Vgl. dazu <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/schwer-zu-stoppen>.

160 dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und
Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so
schlechten Weg. [...] Es wird wieder Todesfälle geben. [...] Man muss auch um diesen Preis
am Ende seine Interessen wahren. [...]“ (Horst Köhler, Mai 2010 in einem Interview mit dem
Deutschlandradio)

165 „Wohlstand und Volkseinkommen sind in Deutschland in hohem Maße abhängig von
funktionierenden Rahmenbedingungen – in Europa und in der Welt. Deutschland ist eng in
internationale Handels- und Investitionsströme eingebunden. Unser Land ist in besonderem
Maße auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations-
und Kommunikationssysteme angewiesen. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen.“
(Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 22)

170 Während Horst Köhler für seine Bemerkungen im Jahr 2010 noch als Bundespräsident zu-
rücktreten musste, sind seine Gedanken inzwischen (wenn auch noch nicht ganz in „der Breite
der Gesellschaft“, so doch) an ihrer Spitze angekommen. Die Verantwortlichen für die deut-
sche Sicherheitspolitik sprechen die Verknüpfung von außenwirtschaftlichen Interessen der
Nation und militärischen Sicherheitsfragen programmatisch aus. Deutschland braucht seine
Armee nicht gegen einen „Schurken“, der über die deutsche Heimaterde herfallen will; das
war schließlich die alte Begründung und das alte Feindbild der Bundeswehr, das sich gegen
175 die Sowjetunion richtete. Heute heißt es: Das deutsche Staatswesen und seine wirtschaftlichen
Interessen brauchen eine Armee, die überall auf der Welt für „funktionierende Rahmenbedin-
gungen“ zu sorgen hat. Dass das „Weißbuch“ Deutschlands weltweite Gewinninteressen da-
bei als „Abhängigkeiten“ fasst, mag logisch etwas zweifelhaft sein, ist aber die durchaus übli-
che Selbstdarstellung auf dem Feld der internationalen Politik. Die hat gleichzeitig den über-
aus schönen Effekt, dass die „Abhängigkeiten“ eines Landes – und damit seine möglichen In-
180 terventions-Notwendigkeiten – umso mehr wachsen, je erfolgreicher seine Wirtschaftsunter-
nehmen auf dieser Erde tätig sind und andere Nationen von sich abhängig gemacht haben.

Kein Wunder also, dass sich die USA, die wirtschaftsmächtigste Nation der heutigen Welt,
die mit Abstand teuerste Armee leisten, überall Stützpunkte unterhalten und meist mehrere
185 Kriege gleichzeitig führen, während andere „Fälle“ schon (bzw. noch) mit Wirtschaftskriegen
zur „Vernunft“ gebracht werden. Die ganze Gewalttätigkeit und Aggressivität der heutigen
Weltordnung ist eben nicht – wie es in der Presse oft dargestellt wird – Ausdruck egomani-
scher, durchgeknallter Politiker. Sie ist Ausdruck dessen, in welchem Umfang unversöhnliche
Gegensätze die Wirtschaftsinteressen moderner kapitalistischer Staaten bestimmen – also von
190 Akteuren, die alle dasselbe wollen, nämlich Geld aneinander verdienen, und die dafür die
Welt im Sinne ihrer Interessen „ordnen müssen“.

Beispiele: Vom Standpunkt der führenden kapitalistischen Nationen ist es ein absolutes
Ärgernis, wenn ein Rohstoff-reiches Land seine Bodenschätze der Verfügung auswärtiger
Konzerne entreißt und unter nationale Regie stellt, um mehr beim Verkauf zu verdienen
195 und davon nationale Entwicklungsprojekte zu fördern. Die Liste der deshalb von

Wirtschaftskriegen, Putschs oder regelrechten Kriegen betroffenen Länder ist lang (Iran 1953, Chile 1973, Irak 2003, Libyen 2011) und wird gerade länger (Venezuela, Bolivien...).

200 Nicht immer (wenn auch oft) geht es um den Zugriff auf Bodenschätze. Die Durchsetzung der Prinzipien dieser Weltordnung (freier Kapitalverkehr, freier Handel) auch gegenüber denjenigen, die dem erkenntlich nicht gewachsen sind und darüber ruiniert werden; das Erzwingen, dass derlei negative, zerstörerische Resultate hinzunehmen sind, ohne dass sich dagegen gewehrt werden soll, ist ebenso Bestandteil der „Verantwortung“, die die führenden kapitalistischen Nationen für die Geschäftsordnung übernehmen, die ihnen nutzt.

205 **Beispiele:** Im Falle des Afghanistan-Kriegs oder des von außen befeuerten „Bürger“-Kriegs in Syrien wird man vergeblich nach den unmittelbaren ökonomischen Vorteilen der auswärtigen Kriegsparteien fahnden. Im ersten Fall wollten die USA an einem Land des islamischen Fundamentalismus (den sie selbst als Mittel im Kampf gegen die Sowjetunion an die Macht gebracht hatten) exemplarisch zeigen, was passiert, wenn man Feinde und Attentate gegen die USA unterstützt. Im zweiten Fall sollte eins der letzten Länder arabischer Aufbruchprojekte, das eine eigenständig-nationale Entwicklung ohne direkte Unterordnung unter die USA verfolgte, zerstört werden; dafür durften Saudi-Arabien, Katar und andere mit offener amerikanischer Waffenhilfe einen Staat angreifen und seine Bevölkerung töten bzw. zu Millionen in die Flucht treiben.

215 **Fassen wir zusammen:** Die erfolgreichen Staaten mit marktwirtschaftlicher Verfassung wollen, dass auf der ganzen Welt freier Handel und Kapitalverkehr stattfinden können. Wer sich dem verweigert, wird zum Gegner erklärt (Kalter Krieg gegen den „sozialistischen Block“). Wer die Resultate dieser freien globalen Konkurrenz nicht aushält oder sie zu seinen Gunsten wenden will (Schutzzölle, Verstaatlichung von Bodenschätzen, nationale oder regionale Entwicklungsprojekte), wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zum „Wohlverhalten“ erpresst (Wirtschaftssanktionen, Einfluss auf Regierungsbildung, militärische Interventionen).

220 Die wirtschaftliche Konkurrenz erhält insofern ein politisches bzw. militärisches Pendant: eine Konkurrenz, die auf allen möglichen (politischen, diplomatischen...) Ebenen um den Einfluss bei der Bestimmung der Geschäftsordnung ausgetragen wird.

225 Das ist die „Verantwortung“, die die maßgeblichen Staaten dieser Welt für ihre Ordnung wahrnehmen. Und Deutschland ist nach Ansicht seiner politischen Elite in diesem Geschäft nicht genügend „dabei“. Das soll sich ändern. Die neue Verteidigungsministerin (und eventuell zukünftige Kanzlerin) Annegret Kramp-Karrenbauer tritt vehement dafür ein. Und auch wenn militärpolitisch die USA das Sagen haben und die – zudem noch zerstrittenen – Europäer sich daran abarbeiten müssen, sollte man einmal unbefangen zur Kenntnis nehmen, welche

230 Ansprüche der ehemalige Weltkriegsverlierer Deutschland mittlerweile anmeldet.

*Aus der Rede der deutschen Verteidigungsministerin an der Universität
der Bundeswehr München, 7.11.2019*

„Wir erleben derzeit eine Rückkehr der Konkurrenz großer Mächte um Einflussphären und Vorherrschaft. Wir erleben autoritäre Herausforderungen gegenüber unserer offenen Gesellschaft. Wir erleben, wie Staaten die seit Jahrzehnten etablierten Regeln internationaler Ordnung unterlaufen – sei es bei der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen oder beim internationalen Handel. Und wir erleben das alles unter den Bedingungen tiefgreifender Veränderung – Klimawandel, Demographie und Digitalisierung sind die Stichworte. Das sind neue Bedingungen, die aber verkoppelt sind mit traditionellen sicherheitspolitischen Fragen...

Nun herrscht kein Mangel an klugen Analysen und Strategiepapieren. Wir hatten noch nie ein Erkenntnisproblem. Wir tun uns eher schwer mit der Umsetzung. Im Gegenteil, es besteht breite Übereinstimmung, dass Deutschland angesichts der strategischen Herausforderungen aktiver werden muss. Dass wir, um unsere Werte und Interessen zu schützen, mehr tun müssen. Das gilt besonders für eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die eine dienende Funktion hat, indem sie die Voraussetzung für Entwicklung, Wohlstand und Freiheit schafft...

Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen. Nicht einfach nur abwarten, ob andere handeln, und dann mehr oder weniger entschlossen mittun, oder auch nicht mitzutun.

Wir müssen selbst Vorschläge machen, Ideen entwickeln, Optionen vorstellen. Wir Deutschen haben eine Pflicht und vor allem ein Interesse, uns in diese internationalen Debatten einzubringen, sie voranzutreiben. Daran mitzuwirken, die internationale Ordnung zu schützen und sinnvoll weiterzuentwickeln. Denn wir sind es doch, die wie kaum eine andere Nation von der liberalen Ordnung profitieren, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut und ausgeweitet wurde...

Es ist an der Zeit, dass wir daraus [aus der Verwurzelung in NATO und EU] die Kraft und das Selbstvertrauen schöpfen, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten die Welt und unsere Zukunft stärker zu gestalten. Wenn wir den Mut haben, diese Rolle der Gestaltungsmacht anzunehmen, wird das ein Gewinn für uns alle sein – in Deutschland und darüber hinaus...

Aber was heißt nun ‚mehr tun‘? ‚Mehr Verantwortung übernehmen‘? Es heißt zunächst einmal, dass Deutschland zu allen Fragen, die seine strategischen Interessen betreffen, eine Haltung entwickeln muss. Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen. Zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas.“

(<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/rede-der-ministerin-an-der-universitaet-der-bundeswehr-muenchen-146670>)

Liebe Lehrerinnen und Lehrer – wollt Ihr also „Haltung“ annehmen in Gefolgschaft eines solchen deutschnationalen Programms? Oder ein „Erkenntnisproblem“ aufmachen angesichts einer Weltlage, wo immer die andern „uns“ bedrohen und „uns“ letztlich keine andere Wahl lassen – als aufzurüsten, abzuschrecken und letztlich zu töten und zu zerstören? Oder wollt Ihr vielleicht doch etwas anderes?



Über die Autorin

Renate Dillmann, Dr., geb. 1954, Studium an der Johannes-Gutenberg-Uni Mainz Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie; später noch Evangelische Religion. Referendariat / Lehrerin am Stadtgymnasium Dortmund / Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fernuniversität Hagen / Promotion zur Staatstheorie des Thomas Hobbes / freiberufliche Tätigkeit als Journalistin und Grafikdesignerin / seit 1999 Lehrbeauftragte mit zwischenzeitlicher Vertretungsprofessur an der EVH Bochum, Fachbereich Soziale Arbeit.

Kontakt:

dillmann-renalte@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
 Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com